



„Es muss möglich sein, Politiker zu kritisieren“

Christian Meyer-Heidemann ist der personifizierte Nachfolger der Landeszentrale für politische Bildung in Schleswig-Holstein. Was das bedeutet? Couragiert hat den Politikwissenschaftler im Kieler Regierungsviertel getroffen.

Couragiert-Magazin: Herr Meyer-Heidemann, Schleswig-Holstein geht neue Wege. Mit welcher Idee haben Sie das neue Amt des Landesbeauftragten für politische Bildung angetreten?

Christian Meyer-Heidemann: Grundsätzlich in der Hoffnung, etwas bewegen zu können. Es reizt mich, wirklich überparteiliche Bildungsarbeit zu leisten. Die Unabhängigkeit des Amtes ist mir sehr wichtig. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit meiner Arbeit. Außerdem bin ich mit dem Ziel angetreten, mehr Jugendliche und junge Erwachsene zu erreichen. Alle Studien zeigen: Wer sich als junger Mensch nicht für Politik interessiert, wird es mit großer Wahrscheinlichkeit sein ganzes Leben lang nicht tun. Deshalb brauchen wir in dieser entscheidenden Phase, in der auch viel schief gehen kann, mehr politische Bildung – und nicht nur Angebote für die Generation 60plus.

Die Jugend ist wählerisch geworden. Was stellen Sie sich inhaltlich vor?

Politische Bildung fängt mit eigenen Erfahrungen an. Faktenwissen ist das eine, aber mindestens genauso wichtig sind das Gefühl und das Verständnis, dass Politik einen ganz persönlich betrifft und man sich einmischen kann. Derzeit versuchen wir, die Kinder- und Jugendbeteiligung zu stärken. Da haben wir in einigen Kommunen Schleswig-Holsteins Nachholbedarf. Besonders die kleinen Gemeinden tun sich schwer, beispielsweise einen Jugendbeirat zu gründen und Jugendliche tatsächlich einzubinden.

Warum ist das so wichtig?

All das, was wir als problematisch erachten, dass Menschen politikverdrossen sind, sich abwenden oder im schlimmsten Fall eine extremistische Position einnehmen, hat zuvorderst mit dem Gefühl sozialer Ausgeschlossenheit und einer gewissen Orientierungslosigkeit zu tun.

Dies lässt sich verhindern, wenn man Jugendliche frühzeitig erreicht. Auch digitale Kanäle sind dabei hilfreich, denn die Lesegewohnheiten haben sich deutlich verändert. Jugendliche nehmen kaum noch dicke Bücher und etliche auch keine Tageszeitung zur Hand. Deshalb brauchen wir andere Medien, beispielsweise kurzweilige Videos, die komplexe politische Sachverhalte erklären. Form und Inhalt müssen korrespondieren und für Jugendliche ansprechend sein. Damit tut sich die politische Bildung vielfach noch schwer.

Das ist immer auch eine Frage des Geldes. Wie groß ist Ihr Etat?

Gut 400 000 Euro stehen für Personal- und Sachkosten zur Verfügung. Das ist im Vergleich zu den anderen Landeszentralen sehr wenig und ein Armutszeugnis für Schleswig-Holstein. Es ist mir klar, dass wir uns nicht mit den großen Bundesländern messen können. Aber wenn wir in Schleswig-Holstein die politische Bildung wirklich ernst nehmen wollen, brauchen wir schlicht und einfach mehr Personal. Viele sinnvolle Anfragen können wir im Moment gar nicht annehmen. Ich werde also den Stellenwert politischer Bildung auch gegenüber den Abgeordneten immer wieder deutlich machen müssen.

An welchen Stellen hat die politische Bildung Nachholbedarf?

Der Anspruch muss sein, dass alle Bürger potenziell in der Lage sind, politische Vorgänge zu beurteilen. Dafür braucht es mehr interessierte Zuschauer, die das Geschehen verfolgen, sich ein Urteil bilden und gegebenenfalls intervenieren, aber auch in der Lage sind, Widersprüche und Ambivalenzen – die ja wesensmäßig zur Politik dazugehören – auszuhalten, ohne gleich das ganze System in Frage zu stellen oder sich populistischen Heilsversprechen hinzugeben. Es muss aber selbstverständlich möglich sein,

die Politikerinnen und Politiker zu kritisieren. In erster Linie sind sie selbst dafür verantwortlich, ihre Entscheidungen nicht nur zu verantworten, sondern diese auch ausführlich und verständlich zu erklären. Es wäre anmaßend und auch nicht Aufgabe der politischen Bildung, dies alleine erreichen zu wollen.

Inwieweit hilft Ihnen dabei die Ausbildung als Politikwissenschaftler?

Sehr! Ich habe ursprünglich auf Lehramt studiert – Wirtschaft, Politik und Mathematik. Das spannende ist, dass Politik von einer prinzipiellen Offenheit lebt und es keinen absoluten Wahrheitsanspruch gibt wie in den Naturwissenschaften. Es geht um die besseren Argumente. Was mir besonders hilft, ist die intensive Auseinandersetzung mit der Politischen Theorie, weil es nicht zuletzt darum geht, verschiedene Perspektiven aufzuzeigen. Dabei helfen uns die großen Vordenker wie Platon, Aristoteles oder Kant doch weiter. Ein anderer Vorteil ist, dass ich nicht aus dem etablierten Politikbetrieb komme. Durch meinen wissenschaftlichen Hintergrund bin ich persönlich unabhängiger. Nicht selten werden solche Ämter ja auch über eine Parteikarriere erworben.

Gibt es eigentlich einen nennenswerten Unterschied zwischen dem Amt des Landesbeauftragten und einer klassischen Landeszentrale für politische Bildung?

Ja, den gibt es schon. Mit der Direktwahl durch den Landtag ist das Amt deutlich personalisierter. Die Parlamentarier haben mir für die nächsten sechs Jahre ihr Vertrauen ausgesprochen, gute politische Bildung zu machen. Ein Vorteil ist, dass das Amt direkt beim Parlament angesiedelt ist und nicht bei der Regierung. Politische Bildung lebt von der Kontroverse, die ihren originären Ort im Parlament hat. So entsteht nicht der Eindruck, dass es von der... "

... aktuellen Regierungskonstellation abhängt, welche Art politischer Bildung gemacht wird.

Der schulische Politikunterricht hängt aber durchaus davon ab. Und der ist in Schleswig-Holstein laut einer Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung ähnlich gering wie in Sachsen, Bayern oder Thüringen. Gibt es Bedarf, daran etwas zu ändern?

Es ist nicht nur eine Frage der Quantität. Mehr politische Bildung ist natürlich immer besser als weniger. In erster Linie geht es aber um Qualität – und die muss verbessert werden. Deshalb ist es wichtig, dass wir gut ausgebildete Politiklehrer haben und möglichst wenig fachfremd unterrichtet wird. Bei Lehrkräften, die das Fach Politik als Quer- und Seiteneinsteiger übernommen haben, besteht die Gefahr, dass sie einen sehr faktenlastigen, institutionenkundlichen Unterricht machen. Als Illustration des Staates wird dann beispielsweise eine grafische Darstellung unserer Institutionen herangezogen – unten das Volk und oben der Bundespräsident.

Dieses sichere Terrain sollten wir verlassen und die heißen Eisen anpacken. Wer fachwissenschaftlich und fachdidaktisch gut ausgebildet ist, sollte in der Lage sein, Kontroversität zu fördern. Das macht den Politikunterricht doch erst richtig spannend! Und sicherlich könnte man auch in der fünften Klasse mit politischer Bildung anfangen. Bei einigen Jugendlichen ist bis zur achten Klasse nämlich leider schon viel schiefgelaufen.

Haben Sie das Gefühl, dass sich die politische Bildung lieber auf wohlgesinnte Adressaten fokussiert und Projekte für Gymnasiasten oder Politikstudenten konzipiert?

Ja, das habe ich. Im Moment wird aber auch deutlich, wie schwer es ist, politikferne Zielgruppen zu erreichen. Mit diesem Vorsatz bin ich angetreten. Es muss darum gehen, Multiplikatoren zu gewinnen, die zum Beispiel in Jugendtreffs tätig sind und keine Noten vergeben müssen. Aber was passiert mit denjenigen, die nicht in festen Strukturen eingebunden sind? Es steckt nicht immer ein böser Wille dahinter, wenn diese Menschen nicht erreicht werden. Es darf aber nicht dazu führen, dass wir uns zurücklehnen und damit zufrieden geben, dass wir einen Teil der Bevölkerung ohnehin nicht erreichen. Das höre ich leider viel zu oft.



Christian Meyer-Heidemann muss „den Stellenwert politischer Bildung auch gegenüber den Abgeordneten immer wieder deutlich machen“.

Sind der Zuspruch für Pegida und die AfD deshalb auch ein Resultat fehlender politischer Bildung?

Überparteilichkeit in der Bildungsarbeit darf auf gar keinen Fall mit Neutralität verwechselt werden. Deshalb brauchen wir eine klare Parteinahme für unsere offene Gesellschaft und für das Grundrecht der Meinungsfreiheit, das aber nicht als falsche Toleranz für offenkundig fremdenfeindliche Positionen missverstanden werden darf. Wir müssen Lehrerinnen und Lehrer so fit machen, dass sie auch Pegida oder die AfD im Unterricht thematisieren. Das interessiert die Jugendlichen, und eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung ist notwendig. Der momentane Zuspruch entspringt einer komplexen Stimmungslage, in der fehlende politische Bildung sicherlich nur ein Aspekt ist.

In der Landtagszeitschrift haben Sie gesagt, dass sich viele Bürger eher wie „Untertanen“ verhalten. Wie äußert sich das?

Ich beobachte oft, dass Bürger auf „die Politik“, „den Staat“ oder „die da oben“ schimpfen. Wenn ich allerdings nach oben schaue, dann sehe ich den Himmel und keinen Staat. So ein banaler Satz, wie „Der Staat sind wir!“ trägt zu einem Perspektivwechsel bei, den ich mir wünschen würde. Der Blick der republikanischen Denker geht eher zur Seite als nach oben. Wir leben als freie, gleiche Bürger zusammen und müssen uns darüber verständigen, wie wir zusammenleben wollen. Viele beschwerten sich, merken aber gar

nicht, dass sie selbst etwas verändern können. Solch ein etatistisches Denken ist in Deutschland sehr weit verbreitet.

Viele nehmen den Staat erst dann wahr, wenn sie konkret mit ihm zu tun haben – wenn sie von der Polizei angehalten werden oder zum Amt gehen. Sicher gibt es auch Mitarbeiter in den Verwaltungen, die sich entsprechend verhalten und dieses Obrigkeitsgefühl verstärken. Deshalb braucht es eine bürgerorientierte Verwaltung. Ich würde mir wünschen, dass man sich auf beiden Seiten auf Augenhöhe und mit ein bisschen mehr Gelassenheit begegnet. Niemand sollte gegenüber der Verwaltung als Bittsteller auftreten müssen und wenn ein Beamter in Uniform meinen Ausweis verlangt, kann ich ihn doch ebenso bitten sich auszuweisen.

Wahlen sind eine Möglichkeit, Einfluss zu nehmen. Schleswig-Holstein entscheidet 2017 über ein neues Parlament. Wie wichtig ist es eigentlich, dass viele Menschen zur Wahl gehen?

Die Wahlbeteiligung allein beschreibt nicht den Zustand unserer Republik. Und trotzdem muss es der gemeinsame Anspruch sein, dass möglichst viele Bürgerinnen und Bürger an Wahlen teilnehmen. Parallel müssen wir dafür sorgen, dass die Bürger so demokratiestark sind, dass sie populistischen Versprechungen nicht auf den Leim gehen oder extremistischen Parteien hinterherlaufen.

Das Interview führte Tom Waurig.